

Wyk auf Föhr, 20. Oktober 2014

## **Pressemitteilung**

### **Paraffin gehört nicht ins Meer - Insel- und Halligkonferenz fordert ein generelles Einleitverbot für Nord- und Ostsee**

Die Insel- und Halligkonferenz hat auf die Paraffinanspülungen im März dieses Jahres reagiert und die Politik gezielt angeschrieben. „Die Insel- und Halligkonferenz fordert, dass Rechtsvorschriften geschaffen werden, um die Entsorgung von Paraffin oder anderen ölhaltigen Mischungen und Rückständen schädlicher Flüssigkeiten in europäischen Meeren zu verbieten, „ erläutert Manfred Uekermann, Vorsitzender der Insel- und Halligkonferenz. Große Brocken Paraffin führten zu großflächigen Verunreinigungen. Im letzten Jahrzehnt gab es bereits zahlreiche Fälle von Paraffinverschmutzungen an den Küsten der Nordsee. „Wir freuen uns sehr, dass die Umweltminister unsere Resolution unterstützten und diese Woche auf der Umweltministerkonferenz ein Einleitverbot in die Nord- und Ostsee fordern, „ merkt Uekermann an.

Paraffin wird in Tankschiffen als Massengut transportiert. Dabei kann es in fester Form als Kerzen vorliegen, aber auch in flüssiger Form. Paraffin ist Bestandteil von Rohöl und lagert sich an den Wänden der Tanks und der Pumpschläuche der Schiffe ab. Bei der Reinigung der Tanks, werden Reste von Paraffin -und Reinigungsmittel manchmal über Bord gespült. „Außerhalb der Zwölfseemeilenzone gibt es kein Verbot Paraffin nach Anwendung eines Vorwaschverfahrens in die Nordsee einzuleiten,“ rügt Geschäftsführerin Natalie Eckelt, „Das ist nicht verantwortbar und nicht nachhaltig. Daher muss hier gehandelt werden“. Bis 2004 wurde Paraffin als nicht gefährlich eingestuft. Seitdem ist es in der Liste der umweltgefährdenden Stoffe (Y- Kategorie aus dem MARPOL -Vertrag) der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO aufgenommen und darf nur in Doppelrumpf-Tankern transportiert werden. „Wir fordern, dass die Einleitung von Paraffin komplett verboten wird – und zwar in der Nordsee und der Ostsee“, betont Eckelt.

Die Resolution der Insel- und Halligkonferenz liegt dem schleswig-holsteinischen Umweltministerium und dem Bundesumweltministerium vor. „Wir erwarten, dass Forderung der norddeutschen Bundesländer breite Unterstützung findet und umgehend entsprechende Regelungen verfasst werden“, fasst der Vorsitzende Uekermann zusammen.

#### Weitere Informationen:

Manfred Uekermann, Vorsitzender: Tel. 0151 – 50 40 57 00

Natalie Eckelt, Geschäftsführung: Tel. 0151 – 50 67 04 88